

LINKS DER NEISSE



Marko Schmidt - Direktkandidat zur Bundestagswahl der Linken im Landkreis Görlitz
Wir haben eine Welt zu gewinnen - warum wir trotz aller Querelen, Probleme und Wahlumfragen für eine starke Linke kämpfen können und müssen. *mehr in der LdN*



80. Jahrestag des Überfalles auf die Sowjetunion



Mehr auf Seite 11

Zeit zu handeln!

Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Wahlprogramm
zur Bundestagswahl 2021

Mehr auf Seite 2

Inhalt:

Auf in den Wahlkampf	S. 2
Kreistagsfraktion	S. 3
Europäische Linke	S. 4
Bundespolitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12

Stoppt die Angriffe gegen die LGBTQI+ in Ungarn.

EuropeanLEFT

Mehr auf Seite 4

Die nächsten Termine:

- 12.8. 18:00 Uhr - Linker Stammtisch Görlitz
- 13.8. 18:00 Uhr - Podiumsdiskussion auf dem FokusFestival mit der DGB-Jugend
- 13.8. 19:30 Uhr - Podium bei angeprangert. OSTWESTPOETRY in Löbau
- 15.8. Wohnzimmer auf dem Marienplatz Görlitz
- ab 18.8. Plakatierung zur BTW
- 20.8. Seenlandtour mit Caren Lay
- 24.8. Sparkassenmobiltour
- 26.8. Oberland-Tour
- 30.8. Sparkassentour im Oberland
- 01.9. Weltfriedenstag - Fahrradtour nach Kamenz
- 07.9. 18:00 Wahlforum DGB in Zittau
- 8.&9.9. Pflgetour mit Caren Lay
- 9.9. 18:00 Uhr Linker Stammtisch Görlitz
- 10.9. 19:00 Podiumsdiskussion JKZ Basta! Görlitz
- 26.9. Bundestagswahl

weitere Infos:

www.dielinke-goerlitz.de

Zeit zu handeln!

Liebe Genoss:innen,

der Wahlkampf beginnt! Am 21. Juli wurde unsere Wahlkampagne durch unsere Spitzenkandidaten Janine Wissler und Dietmar Bartsch enthüllt. Wir stehen klar für die Investitionen in gute Bildung, Krankenhäuser und Schienen. Wir stehen für einen Mindestlohn, der vor Armut schützt, für eine konsequente Friedenspolitik sowie die Umverteilung von privaten Millionen- und Milliardenvermögen. Dieser Reichtum ist in den letzten Jahren ständig angestiegen. Wir wollen nun die Umverteilung dieser Vermögen hin zum Gemeinwohl, damit es allen nutzt.

Unsere Forderungen für die Oberlausitz in der Bundestagswahl sind dabei klar:

- für starke Kommunen mit guten Schulen
- für ein besseres Pflegesystem
- für gute flächendeckende medizinische Versorgung
- für ein gerechtes Steuersystem



Auch in der Oberlausitz hat der Wahlkampf begonnen. Im Wahlkreis Görlitz durfte ich bereits an zwei Podiumsdiskussionen teilnehmen. Am 15. Juli war ich am Geschwister-Scholl-Gymnasium in Löbau und am 19. Juli im Mewa-Bad in Ostritz. Bei beiden Diskussionen mit allen Kandidierenden der anderen Parteien wurde klar: es wird viel gefordert und Investitionen werden versprochen. Wir als LINKE bieten aber das einzige Steuerkonzept, das ehrlich sagt, wie notwendige Investitionen auch bezahlt werden können. Die aktuelle Investitionsbremse (Schuldenbremse) sorgt dafür, dass das zukünftige wirtschaftliche Wachstum NUR in die Bezahlung der Schulden geht. Wenn wir aber in Schulen, Schienen, Freibäder, Bibliotheken, Gesundheit und Erneuerbare Energien investieren wollen, dann müssen wir an die Millionen- und Milliardenvermögen ran, die sich bisher bei den Steuern einen schlanken Fuß machen konnten.

Dazu ist klar: wir müssen weg von der Niedriglohn-Region. Egal, ob in der Pflege, bei den Verkäufer:innen oder im Handwerk. Nur mit ordentlichen Löhnen und Tarifverträgen können wir attraktiv für Zuzug sein. Die öffentliche Vergabe von Aufträgen muss daher mit der Bezahlung nach Tarifverträgen von Auftragnehmern einher gehen. Eine Kranken- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, sorgt für eine vollständige Absicherung. Zuzahlungen im Alter von der geringen Rente für die Pflege schaffen wird dadurch ab.

Unterstützung im Wahlkampf

Wie ihr wisst, freuen wir uns in den nächsten Wochen über jede helfende Hand. Egal, ob es die gute Person ist, die gerade die Küche vom letzten Kaffeestand aufräumt, die fleißige Genossin, die dringend benötigtes Material von A nach B schafft, die einzelnen BO's, die Flyer an die Wähler:innen bringen oder als Unterstützung für unseren Kandidaten Marko Schmidt, der die x. Podiumsdiskussion besucht und uns vertritt. Wir danken euch ALLEN.

Wer noch mitmachen oder irgendwie helfen kann, den bitten wir: lasst es uns wissen. Wir freuen uns über jede Hilfe auf dem Weg zu einer besseren solidarischen und gerechten Welt.

Melde dich gern bei uns.

Euer

Marko Schmidt, Direktkandidat DIE LINKE. im Wahlkreis Görlitz
Sebastian Schwalbe, stellvertretender Kreisvorsitzender

Anruf in der Geschäftsstelle des KV:

03576 216 28 93

0151 559 901 33 (gern auch per WhatsApp, Telegram oder Signal)

Sebastian.schwalbe@dielinke-goerlitz.de

kgf@dielinke-goerlitz.de

Wie weiter mit dem Krankenhaus Weißwasser und der gesundheitlichen Versorgung?

Dazu stellte die Kreistagsfraktion DIE LINKE Fragen an den Landrat.

In der Stadtratssitzung vom 1. Juli in Weißwasser sollte über die Zukunft des Krankenhauses gesprochen werden. Leider war Frau Weber zum 2. Mal nicht da, da sie an dem Tag Urlaub hatte und sendete einen Brief, in dem ein Teil der Fragen, die die Stadtratsfraktion DIE LINKE gestellt hatte, beantwortet wurden.

Das Ergebnis beider Antworten ist unbefriedigend und unkonkret. Einerseits, weil nicht alle Fragen beantwortet wurden und andererseits, weil die Antworten nicht beruhigen, sondern eher erschrecken, was die gesundheitliche Versorgung der Zukunft betrifft

Die Anzahl offener Stellen in der hausärztlichen Versorgung mit Stand vom Herbst 2018, durch die KVS vorgetragen: Bereich Weißwasser: 5,5 Stellen. Zum Jahresbeginn 2021 wurden vom Landkreis Görlitz die aktuellen Zahlen zum 1.10.2020 für Weißwasser mit 8,0 Stellen gemeldet. Für Niesky und Görlitz ist die Situation nicht besser. Das Alter der amtierenden Hausärzte stellt ein weiteres Problem dar.

Wie unterstützt der Landkreis die Ansiedlung von Hausärzten um eine möglichen Unterversorgung der Bevölkerung zu verhindern? Der Landkreis ist Modellregion und deren Arbeitsgruppen wurden durch einen Regionalkoordinator vom 1. September 2018 bis 31.12.2020 des Landkreises Görlitz begleitet. Ein Projekt zur „Gewinnung von Ärzten für den ländlichen Raum“ wurde mit den Raumpionieren Lausitz, gemeinsam mit der Sächsischen Landesärztekammer und dem Landkreis Görlitz initiiert. Der Erfolg lässt auf sich warten, wie die Zahlen zeigen.

Die bisherige stationäre Versorgungsstruktur in Weißwasser im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin wird ab März 2021 Zug um Zug eingestellt, steht in der Antwort des Landrats. Eine ambulante Versorgung bleibt unter der Fortführung der Akut- und Notfallversorgung erhalten.

Wie viele Kinderärzte sind aktuell im Einzugsgebiet Weißwasser tätig? Im Planungsbereich Oberlausitz-Niederschlesien sind, mit Stand Oktober 2020, 10,5 Stellen besetzt. Davon sind 5 Kinderärzte über 60 Jahre und 7 Kinderärzte erreichen in drei Jahren das Alter von 60. In Weißwasser sind derzeit 1,5 Arztstellen besetzt. Ausreichend klingt auch dies nicht.

Eine Klinik für Entbindungen benötigt auch Hebammen. Ob da der Kreis ausreichend hat, kann er nicht sagen und verwies auf folgenden Link: <https://saechsischer-hebammenverband.de/> Ich habe eine Hebamme im Umkreis in Spreetal gefunden. Auch das beruhigt nicht.

Die Bevölkerung benötigt ein wohnortnahes funktionierendes Krankenhaus mit allen wichtigen Abteilungen und nicht eine Stunde Fahrt ins nächte Krankenhaus für Schwangere, kleine Kinder oder
Heike Krahl

Holzbaukompetenzzentrum soll Zukunft entwickeln und Region stärken

Sachsen beabsichtigt, zur Förderung des Bauens mit Holz ein Holzbaukompetenzzentrum zu etablieren. Holz als nachwachsender, ökologischer und regionaler Baustoff soll mit Blick auf den Klimawandel eine größere Rolle spielen als bisher. Dazu sollen Kompetenzen von Architekten, Verarbeitern und Handwerkern gebündelt werden sowie ein Einklang zwischen Waldumbau und Holzwirtschaft hergestellt werden.

Als Standort bietet sich dafür der Landkreis Görlitz mit seinen verschiedenen Holzhäusern von Schrottholz im Norden bis Umgebinde im Süden an. Vor allem Niesky mit seiner Tradition des modernen Holzbaus, das sich vor mehr als 100 Jahren als Zentrum des modernen industriellen Holzbaus entwickelte. Berühmte Architekten wie Hans Poelzig, Henry van de Velde, Hans Scharoun oder Konrad Wachsmann entwarfen praktische vorgefertigte Wohnhäuser aus Holz. Aber auch Zweckbauten wie Sporthallen, Kindergärten oder Kirchen entstanden aus diesem Rohstoff, wie man in Niesky noch heute sehen kann.

Sabine Kunze, Kreisrätin der LINKEN: Niesky sollte sich seiner Tradition als Stadt des modernen Holzbaus bewusst werden und sich mit Partnern der Region, die Erfahrungen im Holzhausbau mitbringen, für das sächsische Holzbaukompetenzzentrum empfehlen und bewerben. Das wäre ein guter Beitrag zum Strukturwandel in der Region, der zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen könnte. „Tradition ist nicht das Bewachen der Asche, sondern das Weitertragen des Feuers“

Sabine Kunze

Stoppt die Angriffe auf LGBTIQI+ und diskriminierte Bevölkerungsgruppen in Ungarn

Ungarn hat am 15.6.2021 ein Gesetz verabschiedet, das das Teilen von Inhalten, die Homosexualität oder Geschlechtsumwandlung darstellen, mit Minderjährigen verbietet. Diese Gesetzgebung ist ein schwerer Angriff gegen LGBTIQI+-Menschen. Die regierende Fidesz-Partei greift gefährdete Gruppen an, um bei den Parlamentswahlen 2022 konservative Stimmen zu gewinnen.

Die LGBTIQI+-Arbeitsgruppe der Europäischen Linken verurteilt diese Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität und des Ausdrucks. Die Stigmatisierung von LGBTIQI+-Personen durch dieses Gesetz verletzt grundlegende Menschenrechte

von Gruppen, die in allen Ländern Europas immer noch täglich diskriminiert werden. Es verletzt auch das Recht auf freie Meinungsäußerung, Würde und Gleichbehandlung – wie es auch in allen EU- und internationalen Konventionen und Gesetzen verankert ist.

Es ist an der Zeit, der faschistischen Politik der Fidesz-Partei ein Ende zu setzen. Es hat zu lange die Gleichberechtigung der Menschen kompromittiert. Angriffe gegen Immigranten, Obdachlose und LGBTIQI+ Menschen, sogenannte „LGBT-freie Zonen“ etc. müssen jetzt aufhören. Die LGBTIQI+-Arbeitsgruppe der Europäischen Linken fordert, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreift, um die Gleichstellung aller Menschen zu gewährleisten, die in der EU

leben oder in die EU kommen, und den Frieden überall zu unterstützen, indem sie die Militärpolitik der NATO ablehnt.

Die LGBTIQI+-Arbeitsgruppe der Europäischen Linken möchte allen mutigen Aktivisten, die sich weiterhin in Ungarn gegen Diskriminierung der Menschenrechte einsetzen, ihre volle Unterstützung aussprechen. Dieser Angriff auf die LGBTIQI+-Community darf nicht vergessen werden.

Internationale Solidarität ist unsere beste Waffe gegen Faschismus und Rassismus in all seinen Formen und wir müssen unseren Genossen und diskriminierten Menschen in Ungarn beistehen.

Pressemitteilung der Europäischen Linken

G20-Finanzminister: Deutschland verliert 20 Mrd. Euro an Steueroasen



Martin Schirdewan

Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Linksfraction THE LEFT im Europäischen Parlament, erklärt zum G20-Gipfeltreffen für Finanzen und Wirtschaft am 6. Juli 2021 in Venedig:

„Die ganze Welt schaut heute auf das Treffen der Finanzminister:innen der G20, die in Venedig eine internationale Steuerreform besprechen. Angesichts der Coronakrise können wir die Steuertricks der multinationalen Großkonzerne und das Steuerdumping der Steueroasen nicht mehr tolerieren. Steuergerechtigkeit ist das Gebot der Stunde!“

„Die EU-Ländern verlieren erschreckende 50 Milliarden Euro an Steuereinnahmen durch die Gewinnverlagerung der Multis und ihren komplizierten Steuersümpfen. Kein Land der EU ist so schwer betroffen wie Deutschland! Hierzulande gehen uns knapp 20 Milliarden Euro an Steuergeldern durch die Lappen. Die Verluste machen rund 30 Prozent der gesamten Einnahmen durch die Körperschaftssteuer aus.“

„Deutschland hat im Kampf gegen die Pandemie im Jahr 2020 Kredite in Höhe von 218 Milliarden Euro aufgenommen. Die Rechnung ist einfach. Wenn Großkonzerne angemessen besteuert würden, könnte der Bund mit diesen Mehreinnahmen die Neuverschuldung von 2020 in ungefähr 10 Jahren

abbezahlen.“

„Der Auftrag an Finanzminister Scholz und seine Kolleg:innen der OECD ist klar. Wir brauchen eine effektive globale Mindeststeuer für Großkonzerne, um der Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer einen Riegel vorzuschieben. Der Knackpunkt ist die Höhe des Steuersatzes. 25 Prozent sind mindestens nötig, um Steuerdumping ein Ende zu bereiten.“

„Die Verhandlungen drohen jedoch zum Coup amerikanischer Digitalkonzerne wie Amazon, Apple und Co. zu werden. Der Vorschlag für die Mindeststeuer von 15 Prozent fällt zu niedrig aus, um Steuersümpfe trockenzulegen. Zudem sollen nationale Digitalsteuern wie in Frankreich und Italien abgeschafft werden. Darüber hinaus werden die Pläne der Kommission für eine EU-weite Digitalabgabe torpediert und verwässert. Kurzum: der Kampf um Steuergerechtigkeit wird auch nach Venedig weitergehen!“

Pressemitteilung MDEP Martin Schirdewan

Gartengespräche und Freizeitstunden mit Marko Schmidt



Marko Schmidt - CC-BY-SA-2.0

Was gibt es schöneres, als den Sommer im Garten oder bei Bewegung in der Natur zu verbringen?

Marko Schmidt, Bundestagsdirektkandidat der LINKEN im Wahlkreis Görlitz möchte auf diese Weise mit Ihnen in ein persönliches Gespräch kommen. Er besucht Sie gern mit Kaffee, Kuchen und/oder kühlen Getränken im Garten oder begleitet Sie beim Wandern, Ausdauerlauf oder Radfahren.

"Gärten, Bewegung und ein guter Kuchen sind die besten Grundlagen

für ein Gespräch. Dieses Jahr steht mit der Bundestagswahl eine wichtige politische Entscheidung an. Die Themen der Oberlausitzer sollen im Wahlkampf zentrale Bedeutung haben. Mir ist es wichtig, zu den Menschen hinzugehen, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen", beschreibt Marko Schmidt das Gesprächsangebot.

Melden Sie sich bei Interesse unter: 0151 559 901 33 (gern auch per WhatsApp, Telegram oder Signal) oder marko.schmidt@dielinke-sachsen.de

Pressemitteilung Marko Schmidt

Impfstoff-Patente endlich freigeben

„Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung bei der Patentfreigabe für Covid-19-Impfstoffe angesichts der nach wie vor äußerst kritischen weltweiten Pandemielage endlich aufgeben. Nachdem Außenminister Heiko Maas sich vollmundig für eine Freigabe ausgesprochen hat, müssen bei dem am Dienstag und Mittwoch bei der Welthandelsorganisation (WTO) stattfindenden Treffen des Allgemeinen Rates von Seiten der Bundesregierung bezüglich des ‚TRIPS Waivers‘ nun dringende Taten folgen. Es kann nicht sein, dass Deutschland mittlerweile weltweit als Blockierer angesehen wird, während sich bereits über 100 Staaten bei der WTO für eine entsprechende Freigabe einsetzen“, erklärt Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Hänsel weiter: „Eine temporäre Verzichtserklärung für Patente auf Impfstoffe, Medikamente und andere medizinische Güter ist angesichts sich laufend neu entwickelnder Virusvarianten und der in Entwicklungs- und Schwellenländern nach wie vor viel zu knappen Verfügbarkeit von Impfstoff zur Überwindung der Pandemie essentiell. In vielen Ländern des Südens ist noch nicht einmal das medizinische Personal geimpft. Das ist nicht hinnehmbar! DIE LINKE fordert deswegen seit Beginn der Pandemie die Patentfreigabe.“

Pressemitteilung von MdB Heike Hänsel

Lay: Strukturwandelgelder müssen Region zu Gute kommen!

„Ich bin froh, dass wir im Bundestag das Strukturhilfeprogramm im Rahmen des Kohleausstiegs in Höhe von mehr als 40 Milliarden Euro beschlossen haben. Umso ärgerlicher, dass Bund und Länder diese Gelder, die als Unterstützung für Kommunen und Beschäftigte gedacht waren, nun für das verwenden, was sie sowieso hätten finanzieren müssen. Das ist nicht im Sinne des Erfinders!

Es ist wichtig, dass die Gelder auch tatsächlich im Revier ankommen und nicht für Wünsche der Bundes- und Landesregierung zweckentfremdet werden. Es ist ohnehin nur ein Bruchteil der Gelder für

die Regionalen Ausschüsse vorgesehen. Es ist unakzeptabel, dass der Freistaat mit eigenen Projekten hier noch abgreifen will.“ erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, anlässlich der Berichterstattung über eigene Anträge der Sächsischen Staatsregierung im regionalen Begleitausschuss für die Verteilung der Strukturwandelmittel in den Kreisen Bautzen und Görlitz am 15. Juni.

Lay weiter: „Wenn der Strukturwandel akzeptiert werden soll, muss er im engen Dialog mit den Bürger*innen vor

Ort, den Kommunen und der Zivilgesellschaft erfolgen und nicht von oben bestimmt werden. Wir brauchen eine faire Verteilung der Gelder in der Region, etwa in Form eines Regionalbudgets. Es darf nicht sein, dass Kommunen, die nicht über einen so guten Draht in die Staatskanzlei verfügen, am Ende benachteiligt werden.“

Pressemitteilung Caren Lay

Kosten der Renaturierung darf nicht der Steuerzahler tragen!



Antonia Mertsching, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

Anlässlich der Berichterstattung von Spiegel und Correctiv über die Kosten des Kohleausstiegs in der Lausitz und die möglichen Folgen für die Steuerzahler*innen (<https://gleft.de/4k7>) erklä-

ren Caren Lay und Antonia Mertsching:

„Es ist ein absoluter Skandal, dass die Bevölkerung die Kosten für die Renaturierung der Tagebaulandschaften in der Lausitz tragen müssen. Die CDU in Sachsen und die SPD in Brandenburg haben den Lausitzern sehenden Auges ein Milliardengrab geschaufelt. Die LEAG muss dringend zur Verantwortung gezogen werden“, sagt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

„Überschüsse aus dem Braunkohlegeschäft müssen sofort und vollständig in entsprechende Fonds zur Renaturierung der Tagebaulandschaften eingezahlt werden. Die Rolle von Stanislav Tillich bei der Übernahme des Braunkohlegeschäfts bei der LEAG muss dringend aufgeklärt werden.“ sagt Antonia Mertsching, Abgeordnete des sächsischen Landtags und ebenfalls aus der Lausitz anlässlich des veröffentlichten Artikels



Caren Lay, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

zu den Folgekosten des Braunkohleabbaus in der Lausitz.

Presseerklärung MdL Antonia Mertsching und MdB Caren Lay

Tagebaubetrieb in Turów vorerst gestoppt – Zittauer Region mit den Folgen des Tagebaus nicht allein lassen!

Die Diskussion über die Erweiterung des Tagebaus Turów im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien dauert an – Tschechien hat eine Staatenklage gegen Polen angestrengt, dessen Regierung am Ausbau festhält. Zittaus Oberbürgermeister Thomas Zenker hat die Bundesregierung aufgefordert, dass sich Deutschland der Klage anschließt. Das hat auch die Linksfraktion im Landtag wiederholt gefordert (Drucksache 7/5352) und Anfragen zur Tagebau-Erweiterung gestellt (Drucksache 7/4308, Drucksache 7/5806). Der Landtag hat bereits über dieses Thema debattiert. Heute hat der Europäische Gerichtshof per einstweiliger Anordnung den Betrieb des Tagebaus untersagt.

In einem aktuellen Antrag fordert die

Linksfraktion die Staatsregierung auf, umfassend zu ermitteln, welche Umweltschäden dem Zittauer Gebirge und der gesamten Region infolge der Tagebauerweiterung drohen, und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen (Drucksache 7/6587).

Dazu sagt Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Linksfraktion und Sprecherin für die Themen Umwelt, Energie und Braunkohle: „Die Staatsregierung sollte unverzüglich die wissenschaftliche Datenlage zu den Umweltauswirkungen in der Grenzregion evaluieren. Dazu sollte sie auch eine fachlich geeignete sowie hinreichend unabhängige Institution mit einer wissenschaftlichen Studie beauftragen, die zeigt, welche Risiken die Erweiterung des polnischen Braunkohletagebaus Turów birgt. Gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit soll sie dann darlegen, wie sie mit den Ergebnissen umgehen will. Das gilt

für die EU-Rechtsverstöße der polnischen Behörden im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung und dem Zugang zu Umweltinformationen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, ferner für Handlungsstrategien zur Eindämmung von Umweltschäden sowie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Neben enormen Treibhausgasemissionen droht beim Ausbau des Tagebaus die Verschmutzung des Grundwassers mit Schwermetallen, Metalloiden und Radionukliden, was sich auch auf die Lausitzer Neiße auswirken könnte. Hinzu kommen die Absenkung des Grundwasserspiegels in einigen Bereichen des Zittauer Beckens und eine stärkere Bodensenkung am Rand der Zittauer Innenstadt. Die Staatsregierung muss ihre Passivität überwinden und sich für die Zittauer Region einsetzen!“

Pressemitteilung Antonia Mertsching

Mirko Schultze begrüßt gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern zum Vorgehen gegen das Zeigen von Reichskriegsflaggen



Mirko Schultze, Bildnachweis: DIE LINKE. Sachsen bereits im November 2020 forderte die Linksfraktion (Drucksache 7/4582), das öffentliche Verwenden der Reichskriegsflag-

gen aus den Jahren 1867 bis 1935 künftig zu unterbinden, da sie heute als Symbole extrem rechter Einstellungen und der offenen Ablehnung von Demokratie und eines friedlichen Zusammenlebens gelten. Damals erklärte der sächsische Innenminister Roland Wöllner noch, dass dies nicht gesetzlich regelbar wäre und ruhte sich darauf aus.

Mirko Schultze, Görlitzer Landtagsabgeordneter der Linken und damals einer der Mitinitiatoren des Antrags der Linksfraktion dazu: „Ich begrüße ausdrücklich, dass die Innenminister von Bund und Länder sich auf einen gemeinsamen Erlass gegen das Zeigen von Reichsfahnen und Reichskriegsflaggen geeinigt haben. Ganz besonders freue ich mich, dass Roland Wöllner seine Ablehnung zum Verbot überdacht

zu haben scheint. Das Zurschaustellen von Reichskriegsflaggen gehört schließlich zum eingefleischten Repertoire von antidemokratischen, rassistischen und rechtsradikalen Organisationen und eine Demokratie muss sich gegen antidemokratische Bestrebungen verteidigen und sich nicht alles von antidemokratischen Kräften gefallen lassen.

Einziger Wermutstropfen aus meiner Sicht ist dabei, dass wieder einmal die Legislative – also das Parlament – in Sachsen außen vor gelassen wird und so etwas über einen Erlass geregelt wird. Weshalb wir im Sächsischen Landtag wieder ausgelassen werden, obwohl ja die Initiative für Sachsen aus den Reihen des Parlamentes kam, und wir nicht gesetzgeberisch aktiv werden und dieses Verbot nun auch verbindlich festschreiben, erschließt sich mir leider nicht.“

Pressemitteilung Mirko Schultze

Linksfraktion reicht Antrag für besseren Katastrophenschutz ein - jetzt umfassend analysieren und nachbessern

Die Linksfraktion hat heute einen Landtagsantrag eingereicht (Drucksache 7/7222), mit dem sie die Staatsregierung auffordert, bis Ende 2021 einen „Bevölkerungsschutz-Bericht Hochwasserereignisse Juli 2021“ vorzulegen. Es soll die Grundlage für Verbesserungen beim Hochwasser- und Katastrophenschutz sein. Dazu erklärt Mirko Schultze, Sprecher der Linksfraktion für Katastrophenschutz:

„Nicht nur die teils schweren Überschwemmungen und Erdbeben der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie wichtig eine umfassende Bestandsaufnahme beim Katastrophenschutz ist. Auch Sachsen hat Millionenschäden zu beklagen, weshalb die Staatsregierung alle Möglichkeiten ausschöpfen sollte, um den Katastrophenschutz und die Warnsysteme weiter zu verbessern.

Es ist deshalb zu analysieren, ob und

inwiefern die bestehenden Schutz- und (Vor)Warnvorkehrungen des Landes und der Kommunen wirksam sind. Wo (Vor)Warnsysteme und stationäre oder mobile Hochwasserschutzanlagen fehlen, muss nachgebessert werden. Außerdem braucht Sachsen ein mit den Kommunen abgestimmtes, von Mobilfunk und Stromversorgung unabhängiges Bevölkerungswarnsystem. Dazu gehören flächendeckend Sirenen mit Akku-/Notstromversorgung. Länder wie Rumänien oder Polen machen uns zudem vor, wie erfolgreich funkbasierte Handy-Warnsysteme sind. Da muss unser Land dringend aufholen!

Betrachtet werden müssen ferner die Ausbildungspläne für den Bevölkerungsschutz sowie die Alarm- und Ausrückordnungen. Die von Rettungskräften im Katastrophenfall abzusichernden Doppelfunktionen, wie sie beispielsweise Wasserwacht und Feuerwehr oder Katastrophenschutzzüge und Freiwillige Feuerwehr ausüben, müssen eingear-

beitet werden. Nicht zuletzt muss auch die technische Ausstattung der Kräfte des Bevölkerungsschutzes daraufhin überprüft werden, ob sie zur Bewältigung künftig wohl häufiger auftretender Hochwasser- und Starkregenereignisse ausreicht.

Im Bund sollte Sachsen außerdem Bestrebungen unterstützen, eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden voranzubringen. Ein solches Modell ist die einzige Möglichkeit, um Menschen, deren Häuser in der Nähe von Gewässern stehen, überhaupt noch eine bezahlbare Versicherungsmöglichkeit zu bieten.“

Pressemitteilung Mirko Schultze

Kreistag, 30. Juni 2021: Theaterzerschlagung vom Tisch und Haushalt 2021/22 beschlossen

Die Zerschlagung der Gerhart-Hauptmann-Theater Görlitz-Zittau GmbH ist vom Tisch – Arbeitsgruppe soll Zukunftssicherung erarbeiten

Nachdem in den vergangenen Monaten über die Zerschlagung der Theaterstruktur intensiv diskutiert wurde, hat der Kreistag Görlitz nun deutlich gemacht, dass dies erhalten werden soll. Um dies für die Zukunft dauerhaft zu sichern, wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Dieser Arbeitsgruppe gehören neben Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, der Generalintendant, Mitarbeitervertreter, Vertreter der Kreistagsfraktionen, der Gesellschafter und der Stadträte der Gesellschafter Görlitz und Zittau an. Diese Arbeitsgruppe soll dem Kreistag bis zur Sitzung im April 2022 einen Beschlussvorschlag vorlegen.

Für DIE LINKE wird Mirko Schultze, der Fraktionsvorsitzende in der Arbeitsgruppe mitwirken. Seit Mai 2021 wurde durch das Engagement des Fraktionsvorsitzenden eine Arbeitsgruppe bei der LINKEN gebildet, welche sich bereits intensiv Gedanken zum Erhalt des Theaters macht. Gern sind weitere interessierte Menschen bei dieser willkommen. Melden Sie sich einfach, wenn Sie am Erhalt des Theaters mitwirken wollen.

Haushalt 2021/22 beschlossen – LINKE enthält sich der Stimme

Für DIE LINKE im Kreistag Görlitz machte der Fraktionsvorsitzende Mirko Schultze während der Debatte zum Haushalt deutlich, dass wir uns gern mit inhaltlichen Dingen des Haushaltsentwurfes beschäftigt hätten. »Eigent-

lich wollte ich Vorschläge zur Änderung beim Öffentlichen Personennahverkehr, bei der Schülerbeförderung, bei der Kultur, der Kinder- und Jugendhilfe anbringen«, so Schultze im Kreistag. Dies sei jedoch angesichts der chronischen Unterfinanzierung durch das Land, welche im Haushalt keine Spielräume zulässt, nicht möglich. Seit Jahren kämpft DIE LINKE um ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz, welches den Kommunen die verfassungsrechtliche Selbstbestimmung sichert – bisher scheiterte dies an den regierenden CDU / SPD / Grünen.

Daher begrüßen wir als LINKE ausdrücklich, dass die Kreisverwaltung jetzt Dresden mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht droht. Die finanzielle Not des Landkreises lässt gar nichts anderes mehr zu.

Jens Hentschel-Thöricht

Kohlegelder fließen - aber wofür?



Vor gut einem Jahr beschloss die Bundesregierung das Strukturstärkungsgesetz zur Gestaltung des Kohleausstiegs für die Noch-Kohleländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Mit 40 Milliarden Euro bis 2038 sollen die Regionen bei diesem Wandel unterstützt werden.

Ende Juni erfuhren nun die Bürgerinnen und Bürger, welche zentralen Projekte die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier aus Sicht des Bundes nach vorn bringen sollen. Was Wunder, dass es sich vor allem um Straßenbau, Ausbau

von Bahnstrecken und Forschungseinrichtungen handeln soll.

So um den Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Weißwasser - Görlitz, den Anschluss der B 178n an Zittau sowie 2 Großforschungszentren, deren inhaltliche Ausrichtung nach unklar ist. Die Kritik folgte auf dem Fuß, denn die Bahnstrecke Dresden - Görlitz liegt vielen mehr am Herzen, wurde aber nicht berücksichtigt. Die heiß gewünschte Verbreiterung der A4 bis Görlitz wird auch ein Traum bleiben und uns allen das Verkehrschaos erhalten.

Am 29. Juni folgte dann der 2. Streich - der Regionale Begleitausschuss entschied über die von Kommunen der Kreise Bautzen und Görlitz eingereichten Projekte im Umfang von 147 Millionen Euro. Grundlage dafür ist die Förderrichtlinie des Freistaates, die die Fördervoraussetzungen definiert. So sollen mit den Projekten Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen oder erhalten werden, besonderer Wert wird auf die Zusätzlichkeit der Projekte gelegt. Auch die demografische Entwicklung soll berücksichtigt werden.

Liest man nun die Liste der 19 Projek-

te, die für den Landkreis Görlitz im Wert von ca. 40 Millionen Euro beschlossen wurde, kommen durchaus Zweifel an der Umsetzung dieser Kriterien. Man kann jeder Maßnahme gratulieren, aus dem Strukturwandeltopf Geld zu bekommen (die Förderhöhe beträgt 90%), aber die Wirkung hinsichtlich der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (lt. SZ vom 1. Juli bringen die Projekte ganze 47 neue Arbeitsplätze) und Aufwertung der Infrastruktur bleibt doch fragwürdig. Es scheint eher, dass bisher auf der Strecke gebliebene Investitionen nun nachgeholt werden sollen.

Auch Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien sind nur wenige zu finden. Wo bleibt z. B. die Aufrüstung von kommunalen Gebäuden mit Photovoltaikanlagen? Wo bleibt der Ersatz von öffentlichen Fahrzeugen mit E-Autos? Vielleicht kommen solche Ideen in der nächsten Runde.

Sabine Kunze

Kritik an der Relativierung des menschengemachten Klimawandels bei der ersten Wasserkonferenz Lausitz!



Sehr geehrte Frau Präsidentin Prof. Dr. p.h. Gesine Grande, Sehr geehrte Hochschulleitung,

am 12. März 2021 fand an der BTU Cottbus-Senftenberg die „1. Wasserkonferenz Lausitz“ statt, die auch Sie, Frau Präsidentin, mit einem Grußwort eröffnet haben. Veranstalter der Wasserkonferenz war der Wasser-Cluster Lausitz e.V., dessen Vorstand unverkennbar von Mitarbeiter*innen und Auftragnehmer*innen der Braunkohlenwirtschaft geprägt ist. Bedenklich ist aus unserer Sicht zudem, dass das Podium doch sehr einseitig besetzt war und keine anerkannten Naturschutzverbände oder bedeutenden Akteur*innen der Klimafolgenforschung (z.B. PIK) zu dieser Thematik eingeladen waren.

Mit Dr. Christoph Gerstgraser hielt ein Vorstandsmitglied des Wasserclusters

den abschließenden Vortrag und vertrat dabei die These, dass der Anteil des Menschen am Klimawandel nicht ausreichend erforscht sei und dieser auch überwiegend auf Einflüsse außerhalb der Atmosphäre, die sogenannten Milanković-Zyklen zurückzuführen sein könnte.

Diese These hat eine Studentin der BTU nicht hingenommen, da sie im Widerspruch zu dem im Studium an derselben Universität vermittelten Wissen steht. Sie hat den renommierten Klimaforscher Stefan Rahmstorf in dessen Blog um eine Bewertung gebeten, der klarstellte, dass es sich dabei schlichtweg um „Unsinn“ handelt (<https://gleft.de/4k8>).

Wir finden diesen Vorgang erschreckend und in keiner Weise akzeptabel:

- Es kann nicht sein, dass im Audimax der BTU Cottbus-Senftenberg der menschengemachte Klimawandel relativiert wird ohne öffentliche Gegenrede z.B. der Moderation

- Es kann nicht sein, dass es von einer einzelnen engagierten Studentin abhängt, ob das von seriösen Klimaforscher*innen richtiggestellt wird!

- Es kann nicht sein, dass die Veranstalter*innen von der Universitätsleitung hofiert werden!

Wir fordern Sie als Leitung der Universität auf:

- Veröffentlichen Sie eine Stellungnahme, in der Sie sich als Universitätsleitung von den Aussagen von Herrn Dr. Gerstgraser distanzieren sowie die Relativierung des menschengemachten Klimawandels in den Räumlichkeiten Ihrer Universität verurteilen und die getätigten Aussagen richtigstellen.

- Kontaktieren Sie dazu auch alle Teilnehmer*innen der Wasserkonferenz, um den wissenschaftlichen Ruf der BTU zu retten!

- Beenden Sie jede Zusammenarbeit der BTU mit dem Wasser Cluster Lausitz e.V., wenn dieser sich nicht ebenfalls von oben genannten Aussagen distanzier!

- Achten Sie bei zukünftigen Veranstaltungen an der BTU, insbesondere solchen, die Umweltthemen betreffen, auf eine ausgewogene Besetzung, die Naturschutzverbände und Klimaforscher*innen mit einbezieht und gleichzeitig den Einfluss von bergbaunahen Akteur*innen in einem angemessenen Rahmen hält.

Offener Brief von Fridays for Future Cottbus, Fridays for Future Senftenberg, dem Studierendenparlament der BTU Cottbus-Senftenberg, der BUND Jugend Cottbus, Greenpeace Cottbus, der Linksjugend Lausitz, der Grünen Jugend Lausitz und der JuSos Cottbus

LINKE im Kreistag beendet Unternehmenstour

Seit März 2021 haben die Mitglieder der LINKEN im Kreistag Görlitz mehr als 13 Firmen im Landkreis Görlitz besucht.

Die Fraktionsmitglieder interessierte vor allem die aktuelle Situation vor Ort, Zukunftsperspektiven und auch die Herausforderungen mit denen die Firmen nicht nur während der Corona-Pandemie zu kämpfen haben.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass viele Firmen sich auf langjährig Beschäftigte in der Corona-Krise verlassen konnten und auch weiterhin können.

„Nicht der Wohnort oder Nationalität ist entscheidend, sondern Leistungsbereitschaft und das Beherrschen der deutschen Sprache“, so der Tenor der Firmeninhaber. Ebenso sollten alle politischen Akteure gemeinsam mit den Firmen und deren Beschäftigten ein klares Ziel für die Region verfolgen: Wertschöpfung in der Region, Arbeitsplätze in der Region und dadurch Entwicklung der Region.

Jens Hentschel-Thöricht, Geschäftsführer der Linksfraktion im Kreistag Görlitz: Wir haben interessante Einblicke und Erkenntnisse während der Tour bekom-

men. Als LINKE haben wir bereits im August 2016 in unserem Integrationskonzept deutlich das Erlernen der deutschen Sprache als Voraussetzung für erfolgreiche Integration benannt. Dazu bedarf es nach wie vor der Unterstützung bei entsprechenden Angeboten. Dies wurde nun einmal mehr bestätigt. Wir werden uns weiterhin im Austausch mit Unternehmen sowie Arbeitnehmervertretungen befinden, denn nur gemeinsam werden wir unsere Region voranbringen und den Strukturwandel erfolgreich meistern.

Pressemitteilung der Kreistagsfraktion

Eltern in der Coronakrise entlasten – LINKE lehnt Erhöhung der Elternbeiträge in Görlitz ab

Linke hat Erhöhung der Elternbeiträge am 27.5.2021 abgelehnt. Bildungsgerechtigkeit schaffen in der Europastadt statt Eltern zur Kasse bitten.

Auf der Stadtratssitzung hat sich die Fraktion der LINKEN klar gegen die Erhöhung der Elternbeiträge ausgesprochen. Auch wenn wir für unsere Position keine Mehrheit gefunden haben und uns bewusst ist, dass Gebühren zu den wenigen Möglichkeiten einer sächsischen Kommune gehört, ihren durch Corona und die Landespolitik gebeutelten Haushalt zu ver(schlimm)bessern. KITAs gehören aber nicht nur nach unserer Auffassung zu den Bildungseinrichtungen. Bildung bis zum ersten Schulabschluss muss nach unserer Auffassung entgeltfrei sein. Die alte Sicht, nach der eine KITA bzw. Kinderbetreuungseinrichtung nur eine Dienstleistung ist, welche die Berufstätigkeit der Eltern absichert, ist seit langen überholt. In einer Stadt wie Görlitz, die sich nicht zu Unrecht auch die Familienfreundlichkeit

auf die Fahnen geschrieben hat, wäre eine beitragsfreie KITA- und Hortbetreuung das richtige Signal. Da dies nur bei einer veränderten Landespolitik möglich ist und Gebühren leider noch Teil der KITA-Finanzierung sind, werden wir uns aber weiterhin dafür einsetzen, dass die Gebühren wenigstens nicht steigen. In der noch immer andauernden Coronapandemie muss es eine Entlastung der Eltern geben statt eine Gebührenerhöhung. Die Erhöhung trifft vor allem Familien, die in der Krise um ihre Existenz bangen müssen und auch Selbstständige.

Mirko Schultze: „Wir würden uns freuen, wenn die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat für die Beitragsfreiheit als Fördermaßnahme für Familien und Teil der Bildung von jungen Menschen genauso emotional und aus Überzeugung kämpfen würden, wie sie uns erklärt haben, warum wir die Gewerbesteuer senken sollten, die Investitionen in die Stadthalle gerechtfertigt seien oder Experimentierhäuser und Förderprogram-

me für Wohneigentum jetzt notwendig sein sollen.“

Jana Lübeck, Fraktionsvorsitzende: „Eine familienfreundliche Stadt macht auch aus, dass krisenbedingte Defizite nicht zu Lasten der Eltern und Kinder durch steigende Elternbeiträge ausgeglichen werden. Eltern haben in der Coronazeit bereits mehrfache Belastungen durch Kurzarbeit, Betreuung zu Hause und Homeschooling erfahren. Nun auch noch die Beiträge zu erhöhen, weil die Stadt ihre Haushaltslöcher stopfen möchte oder im Beitragsranking der sächsischen Kommunen nicht auf dem letzten Platz landen will, halte ich für das falsche Signal. Gute Bildung und Betreuung kostet – aber sollte nicht zulasten der schwächsten in unserer Gesellschaft gehen. Zum Stopfen von Haushaltslöchern hätte ich mir vom Oberbürgermeister mehr Kreativität und vor allem Solidarität erwartet.“

Pressemitteilung der Görlitzer Stadtratsfraktion

Mai & Juni 2021: Bericht aus dem Stadtrat Zittau

Aufhebung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes (HSK) aufgehoben

Als LINKE haben wir uns der Rechtsaufsicht des Landkreises gebeugt und uns – um finanzielle Belastung für die Stadt abzuwenden – bei dieser Beschlussvorlage enthalten.

Inhaltlich kritisieren wir das HSK in einzelnen Maßnahmen nach wie vor, werden bei Einzelmaßnahmen, wie der Einstellung des Oberschulschwimmens oder der Erhöhung der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten, auch weiterhin konsequent dagegen stimmen.

Nun werden wir im Stadtrat in den kommenden Haushaltsverhandlungen, bei dem auch das HSK eine Rolle spielen wird, darauf drängen, dass es im Sinne der finanziell Benachteiligten unserer Stadt geändert wird und soziale Errungenschaften erhalten bleiben.

Einstellung des Oberschulschwimmens – soziale Errungen-

schaften werden abgebaut – zu Lasten unserer Kinder – nicht mit der LINKEN

Um ca. 20.000 Euro zu sparen, hat die Mehrheit von Oberbürgermeister, CFG, Zkm, AfD und der FFF-Fraktion (außer J. Gullus) gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen, dass es zukünftig kein Oberschulschwimmen geben wird. Hoffen wir, dass alle Kinder dennoch schwimmen lernen können und immer sicher das Ufer erreichen.

Haushaltsverhandlungen 21–22

Eigentlich soll laut Gesetz der Haushalt für das kommende Jahr bis zum 31. Dezember verabschiedet werden. Für das Jahr 2021 also bis zum 31.12.2020. Nun beginnen wir jetzt mit ersten Verhandlungen zu diesem. Viel zu spät und der Unfähigkeit der CDU-SPD Landesregierung geschuldet, den Kommunen rechtzeitig notwendige Rahmendaten vorzulegen.

LINKE für Ersatzneubau Kaufland Ost – mit deutlicher Forderung nach Wiederaufnahme Riesaer Nudeln ins Sortiment

Kaufland beantragte die Zustimmung der Stadt für einen Ersatzneubau in Zittau Ost. Mit diesem erhalten die Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen und langfristig sichere Arbeitsplätze. Richtig so!

DIE LINKE forderte deutlich, dass ostdeutsche Produkte, wie Riesaer Nudeln, im Sortiment dauerhaft zu finden sein müssen. Diese müssen wieder in den Regalen sein und so auch ostdeutsche Arbeitsplätze sichern. Damit unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaft NGG.

Jens Hentschel-Thöricht

DIE LINKE erinnert: 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 startete Nazi-Deutschland mit dem „Unternehmen Barbarossa“ den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Sowjetunion.



In einem „Blitzkrieg“ sollten die deutschen Truppen das sowjetische Territorium bis zum Ural erobern und auf Dauer besetzen. Der Krieg wurde vom ersten Tag an auch mit den Mitteln barbarischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung geführt.

Die deutsche Wehrmacht hinterließ verbrannte Erde: 30 Prozent des von

deutschen Soldaten okkupierten Territoriums in der Sowjetunion waren nach der Befreiung durch Einheiten der Roten Armee zunächst unbewohnbar. An diese Verbrechen erinnerten die über 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Ortsverbänden Löbau und Oberland bei der Gedenkveranstaltung auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof in Kottmarsdorf, zu denen Dr. Reinhold Gläß in sehr berührenden Worten sprach.

Die 27 Millionen Bürger der Sowjetunion, die im „Großen Vaterländischen Krieg“ ihr Leben verloren, sind uns Verpflichtung und Mahnung zugleich, alles zu tun, um Kriege zu verhindern und Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Die Haltung vieler Vertreter der EU, aber auch besonders deutscher Politikerinnen und Politiker zu Russland lassen derartige Überlegungen nicht mehr erkennen.

Frieden in Europa und in der Welt kann es nur mit Russland geben. Ein neuer heraufziehender Kalter Krieg kann sich schnell zu einem „heißen“ oder Atomkrieg wandeln. Das muss verhindert werden – dies ist die wichtigste Lehre aus dem 22. Juni 1941.

Die Teilnehmer der Kundgebung legten an den Gräbern der gefallen Soldaten Nelken nieder.

Edelgard Weidauer, Edith Peisert

Solidarität mit dem Warnstreik bei Waggonbau

Anlässlich des Aufrufs der IG Metall Ostsachsen an die Beschäftigten bei Waggonbau Niesky zu einem Warnstreik am Nachmittag des 15.7. erklärt die stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag aus Bautzen, Caren Lay:

„Meine volle Solidarität gilt den Streikenden bei Waggonbau Niesky. Ihr Kampf für gerechte Löhne, noch dazu in einer der Schlüsselbranchen für das Gelingen der Verkehrswende, ist richtig und wichtig. Wir brauchen endlich faire Löhne, insbesondere in der Region Ostsachsen. Die Niedriglohnstrategie der vergangenen Jahrzehnte ist mehr als offensichtlich gescheitert. Ich teile daher die Forderung der IG Metall an die Arbeitgeberseite, den Standort zu sichern und zukunftsfest zu entwickeln. Dazu gehört auch die faire Bezahlung der Werkstätigen vor Ort!“

Pressemitteilung der Caren Lay



27 Millionen Tote dürfen nicht vergessen werden

Am 22. Juni 2021 jährt sich zum 80. Mal der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann das letzte Kapitel der Aggression des deutschen Faschismus gegen die Länder und Menschen Europas. In diesem Krieg ging es um weit mehr als um Landgewinne für ein „Volk ohne Raum“. Erklärtes Ziel des Feldzugs war von Anfang an die Vernichtung des „jüdisch-bolschewistischen“ Feindes. Die Folge war eine Kriegsführung, die durch eine unbeschreibliche, vollkommen enthemmte Brutalität gegen die Bevölkerung gekennzeichnet war. 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und

-bürger fielen diesem Vernichtungskrieg zum Opfer.

Antonia Mertsching, Kreisvorsitzende DIE LINKE. Görlitz dazu:

„All zu schnell ist man in Deutschland versucht, das Erinnern an faschistische Kriegsverbrechen in der Sowjetunion aufzurechnen mit russischer Gegenwartspolitik – als habe man Russland die Befreiung vom Hitlerfaschismus und dem Ende des 2. Weltkriegs weniger zu danken, weil man mit der autokratischen Staatsführung nicht einverstanden ist. Deutschland trägt die besondere historische Verantwortung für das Erinnern an den Mord von 27 Millionen sowjetischen Bürgerinnen und Bürgern. Als Lehre aus dem 2. Weltkrieg müssen

wir uns engagiert darum kümmern, die weit verbreiteten rassistischen, antisemitischen oder antidemokratischen Einstellungen in der Bevölkerung zurückzudrängen. Gerade Sachsen macht hier immer wieder Reden von sich. Es braucht vor allem Kultur- und Bildungsarbeit für alle Generationen – und neue Friedenssignale: anstatt Strukturwandelgelder in den Sand eines Truppenübungsplatzes Oberlausitz zu setzen, müssen die weichen Standortfaktoren gestärkt werden.“

OV Weißwasser

Die Verantwortung der Linken



Buch von Jan Korte
Broschur, 144 Seiten
Verbrecher Verlag - ISBN 9783957324283
Preis: 16 Euro

Seit einigen Jahren gibt es in der Linken – ob es nun Mitglieder der SPD, der Grünen, der Linken oder parteilose Bewegungslinke sind – immer wieder Debatten darum, was der richtige Weg sei: Die einen kämpfen für Minderheitenrechte und retten das Klima, die anderen kümmern sich vor allem um ökonomische Fragen. Und zwischen beiden Seiten vergrößert sich der Riss. Die einen glauben, dass die anderen die »kleinen Leute« verraten, die anderen fürchten, dass gerade in der Klimakrise die Umweltfragen oder dass in Zeiten von zunehmendem Rassismus und Sexismus die Rechte von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund vernachlässigt werden.

In diesen Konflikt greift Jan Korte ein und stellt harte Forderungen auf: Es muss wieder ein Gleichgewicht zwischen den kulturellen und sozial-ökonomischen Ansichten der Linken hergestellt werden. Er fordert Verständnis, gerade auch für

die Menschen, die nicht in den urbanen Zentren leben. Er fordert alle, die sich als Linke und Linksliberale betrachten, auf, wieder Verantwortung zu übernehmen – für die ganze Gesellschaft. Denn es gilt: Niemals herablicken!

Das spannende an Jan Kortes Buch ist dabei, dass er keinen weiteren akademischen Fachartikel in die Diskussion um die Zukunft der Linken verfasst hat. Er beschreibt die Blickwinkel der Bürger:innen, die früher DIE LINKE gewählt haben, aber inzwischen auch mit Hoffnungslosigkeit auf uns reagieren. Spannend sind die radikalen Forderungen von Jan Korte nach einer Politik der sozialen Transformation, bei der das Verhältnis von Öffentlichem und Privatem, von Staat und Markt, von Ökologie und Sozialem neu gedacht und ins Gleichgewicht gebracht wird.

Sabine Kunze

Liebe Genoss:innen,
Auf, auf zum Kampf.
Ihr werdet gebraucht!

Impressum:
Herausgeber: DIE LINKE, Kreisvorstand Görlitz
Redaktion: Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl, Sebastian Schwalbe
Bitte alle Beiträge an:
linksderneisse@linksmail.de
Satz & Druck: Moving Fuchs Agentur
Auflage: 500 Stück
Redaktionsschluss: 13.09.21
Erscheinungsdatum: 01.10.21
Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.
Spendenempfehlung: 1,50€
Unser Spendenkonto ist:
DIE LINKE, Görlitz
Volksbank Löbau Zittau
IBAN: DE 19 8559 0100 4500 3570 08

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001